

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Peter Meinecke anlässlich der Einbringung des Kommunalwahlprogramms der SPD Remscheid auf dem Unterbezirksparteitag am 28.2. 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Erziehung, Schule, Bildung und soziale Gerechtigkeit sind vier Kapitel eines Buches, welches wir Sozialdemokraten immer wieder aufschlagen und in dem wir immer wieder lesen müssen. Es sind unsere Grundlagen seit weit mehr als 100 Jahren.

Erziehung, Schule, Bildung und soziale Gerechtigkeit sollen auch im Mittelpunkt unseres Kommunalwahlprogramms 2009 – 2014 stehen.

Ich möchte jetzt in diesen komplexen Teil unseres Wahlprogrammmentwurfes einführen und begründen, warum hier der Mittelpunkt unseres Wollens der nächsten Jahre stehen sollte, ohne die wichtigen anderen politischen Themen zu vernachlässigen.

Unter der Aussage:

Wer alles will, wird nichts erreichen! erkläre ich hier:

Die SPD unserer Stadt hat den Mut Prioritäten zu setzen und jeder Bürger unserer Stadt, aber auch jedes Mitglied unserer Partei muss wissen, was das bedeutet.

Bildung, Erziehung, Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen, sowie die Arbeit anderer Bildungseinrichtungen werden für uns auch bei immer knapper werdenden finanziellen Mitteln die absolute Priorität haben!

Anrede,

von den Kleinsten in den Kindertageseinrichtungen über die Schulen bis hin zu den Hochschulen brauchen wir die

beste Bildung. Und das bedeutet, die Herstellung von Chancengleichheit für alle.

Von der optimalen Förderung jedes einzelnen Talents sind wir allerdings noch weit entfernt. Dafür sind wir in Deutschland aber Spitze im Selektieren. In Anbetracht des heraufziehenden Fachkräftemangels ist dies ein Skandal, den wir uns auch volkswirtschaftlich nicht länger leisten können.

Die deutschen Unternehmen brauchen mehr qualifizierten Nachwuchs.

Sie brauchen mehr ausbildungsfähige Lehrlinge und mehr gute Facharbeiter.

Es gibt bei uns viel zu wenig junge Ingenieure und viel zu wenig Studierende in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern.

Das soll ausdrücklich nicht heißen, wir bräuchten keine Geisteswissenschaftler mehr. Die werden wir immer brauchen.

Aber wir brauchen in hohen Größenordnungen junge Naturwissenschaftler und Techniker, um offene und neue Stellen zu besetzen und weil um Arbeitsplätze für Spitzenkräfte herum viele weitere Arbeitsplätze für Durchschnittsverdiener entstehen können.

Im Mittelpunkt unseres Bemühens um Bildung stehen aber nicht ausschließlich die Bedürfnisse von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, sondern weiterhin der einzelne Mensch.

Wer sich bildet, will nicht nur etwas können, sondern etwas werden

- Orientierungssicher und selbstkritisch -
- aufgeschlossen für neue Ideen und unbestechlich bei ihrer Prüfung –
- der eigenen Wurzeln bewusst und weltoffen –
- selbstbestimmt und verantwortungsbereit.

So zu werden, das soll jedem Mitglied unserer Gesellschaft offen stehen. Darauf ist auch unser Land angewiesen, weil gute Bildung sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Kraft stiftet.

Deutschland muss endlich gute Bildungschancen für alle bieten. Es ist beschämend, wie oft in unserem Bildungswesen die Herkunft eines Menschen seine Zukunft belastet.

Zum Beispiel bekommen Kinder, deren Eltern nicht studiert haben, nur ein Drittel der Chancen zum Besuch des Gymnasiums wie ihre Altersgenossen aus Akademiker-Haushalten, und während von denen 83 von 100 studieren, sind es bei den Nichtakademiker-Kindern von 100 nur 23.

Für Kinder aus Zuwandererfamilien ist die Chance, eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen, nur halb so groß wie für Kinder aus einheimischen Familien. Fast jeder fünfte Jugendliche mit ausländischen Wurzeln verlässt die Schule ohne Abschluss, und zwei von fünf schließen keine Berufsausbildung ab.

Entsprechend schlecht sind dann ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und für den sozialen Aufstieg.

Nötig sind exzellente Bildungsangebote schon in Kindergarten;

nötig sind aber bruchlose Übergänge von Abschnitt zu Abschnitt des Bildungsweges;

nötig ist aber individuelle Förderung von Anfang an, und zwar auch für die Hochbegabten;

nötig aber sind Schulen und Hochschulen, deren Qualität wieder Weltruf genießt - nicht aus Freude am Weltruf, sondern aus Verantwortung für die Schüler und Studenten.

Dafür braucht unser Bildungswesen mehr Geld. Es nehme also niemand sinkende Schüler- und Studentenzahlen zum Vorwand für Einsparungen!

Im Gegenteil!

Deutschland gibt hohe Milliardenbeträge für den sozialen Ausgleich aus. Gerade die Armut von Kindern - die meist eine lebenslang nachwirkende Benachteiligung hinsichtlich ihrer Chancen bedeutet - dürfen wir nicht dulden.

Wir wollen eine Ganztagsbetreuung, bzw. Ganztags-schulen, in denen auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen das geboten wird, was sie zu Hause nicht bekommen:

Erziehung, Förderung und geregelte Mahlzeiten.

In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit zu gering und die soziale Mobilität zu schwach.

Das betrifft vor allem die einkommensarmen Familien und die Mittelschicht.

Beide steigen weniger auf als noch vor zehn, fünfzehn Jahren. Das ist ein Skandal!

Viele haben Abstiegsängste.

Wenn wir das nachhaltig ändern wollen, dann müssen wir die Denkrichtung und die Wirkungsweise unseres Sozialstaates weiter umtrimmen von Betreuen auf Ertüchtigen, auf Fördern und Fordern,

dann brauchen wir - einmal mehr sei es gesagt – ein Bildungswesen mit exzellenten Angeboten für alle, und dann sollten wir mehr fairen Wettbewerb organisieren, damit möglichst überall die Aufstiegspositionen tatsächlich nach Fähigkeit, Leistung und Eignung vergeben werden

Ich fühle mich in meiner Kritik am Turbo-Abitur der Landesregierung immer mehr bestätigt. Es war ein gravierender Fehler, ein Jahr in der Sekundarstufe I anstatt in der Oberstufe zu streichen und somit die jüngeren Schülerinnen und Schüler unter enormen Druck zu setzen. Viele Kinder und Eltern haben dies auch in Remscheid am eigenen Leibe erfahren müssen. Die Durchlässigkeit

zwischen den verschiedenen Schulen der SEK I ist auf dem gleichen Wege im Handstreich abgeschafft worden.

Hinzu kommt, dass die Schulen die Schulzeitverkürzung umsetzen müssen, ohne dass die Lehrpläne entsprechend angepasst wurden. Hier wurde auf „kaltem“ Wege der Ganztagsunterricht eingeführt ohne die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Und auch die groß angekündigte Ganztagsoffensive der Landesregierung entpuppt sich als völlig unzureichend.

Gerade hier haben wir in Remscheid wieder die Erfahrung machen müssen, dass die vollmundigen Versprechungen der Landesregierung nicht mal zwei Monate halten.

Mit der Feststellung, dass faktisch der Ganzttag in der Sekundarstufe I durch das „Turbo-Abitur“ eingeführt ist, wurden die Kommunen gedrängt, entsprechende bauliche und organisatorische Maßnahmen in den Schulen der SEK I durchzuführen.

Dazu wurde die sogenannte Ganztagsoffensive und das 1000 Schulen-Programm ausgerufen. Alle Schulen die sich entweder am verbindlichen Ganzttag oder am offenen Ganzttag beteiligen, wurden jeweils 100.000,- € von der Landesregierung versprochen.

Auf Grund dieses Angebots hat sich die Albert-Schweitzer-Realschule bereit erklärt, gebundene also verpflichtende Ganzttagsschule zu werden und alle anderen SEK I-Schulen haben erklärt, den offenen Ganzttag einzurichten. Der Rat der Stadt Remscheid hat zu den angekündigten 800.000,- € der Landesregierung für die 8 Schulen, noch weitere 4 Mio zur Verfügung gestellt.

Bereits vor einigen Wochen hat die Landtagsabgeordnete und Parteivorsitzende der CDU stolz verkündet, dass die Stadt Remscheid insgesamt 555.000,- € im Rahmen dieses 1000-Schulen-Programms bekommen wird. Ich glaube sie wusste überhaupt nicht, was sie in dieser Presse-

erklärung mitteilte, nämlich dass wir 245.000,- € weniger bekommen würden als uns versprochen wurde.

Darüber hinaus erreichte uns vergangene Woche Dienstag die Nachricht, dass wir auf Grund dieser Kürzung entweder drei Schulen nicht ausbauen könnten oder das fehlende Geld selbst zuschiessen müssten.

Da wir keine der acht Schulen, die mit dem Ausbau rechneten im Regen stehen lassen wollten, habe ich für die SPD-Fraktion erklärt, damit einverstanden zu sein, diese Summe aus dem städt. Haushalt aufzubringen. Natürlich unter dem Vorbehalt, dass der HA am Donnerstag nächster Woche einen entsprechenden Eilbeschluss trifft.

Anrede,

pikanterweise wollte die Landesregierung nämlich bereits am vergangenen Dienstag dieser Woche die Antwort haben.

Wie närrisch muss eine Regierung sein, über die Karnevalswoche hinweg, eine solche Entscheidung zu fordern, mal von der Beachtung der Rechte des Rates ganz abgesehen. Eine Erpressung wie sie im Buche steht.

Ergebnis:

Eine Regierung, die uns mit immer neuen Sparmassnahmen und Anordnungen quält, bescheisst uns mal ganz locker um 245.000,- €. Ich bitte diesen Ausdruck zu entschuldigen, aber ich habe keinen passenderen gefunden.

Während in Remscheid und anderswo die Anmeldungen bei den Gesamtschulen jedes Jahr neue Rekorde verzeichnen, auch in diesem Jahr haben wieder über 50% aller Eltern ihre Kinder an den Remscheider Gesamtschulen angemeldet, haben die Regierungsparteien CDU und FDP ihr wahres Gesicht gezeigt:

Sie wollen die Oberstufen der Gesamtschulen zur Disposition stellen. Und nicht nur das: Sie verweigern die Bildung neuer Gesamtschulen und missachten den Willen der Eltern im Schulbereich auf das Gröbste.

Das ist angesichts des wichtigen Beitrags, den die Gesamtschulen für den Bildungsaufstieg vieler junger Menschen leisten, verantwortungslos und empörend.

Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass eine Regierung auf diese Art und Weise den Elternwillen aus ideologischen Gründen mit Füßen tritt. Während im Grundschulbereich die große Freiheit der Eltern ausgerufen wurde, sollen die Kinder in der SEK I in die Hauptschulen gepresst werden.

Die von dieser Regierung so gepuschten Hauptschulen haben aber so wenige Anmeldungen erhalten, dass in unserer Stadt eigentlich 3 von unseren 5 Hauptschulen geschlossen werden müssten.

Nach den bisherigen Anmeldungen, können drei der Hauptschulen nach jetzigem Stand, allein mit Remscheider Schülerinnen und Schülern keine Eingangsklasse mehr bilden. Wir werden in den nächsten Wochen sehr intensiv die Situation mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung besprechen müssen.

Damit nun diese Regierung weiterhin die Mehrheit behält und auch in den Kommunen solche Mehrheiten bestehen bleiben, geht die unverschämte Wahltrickserei der Regierung Rüttgers weiter.

Es müsste eigentlich zentrales Ziel der Politik sein, bei Wahlen eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und damit auch eine hohe demokratische Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler zu erreichen.

Doch die Regierung Rüttgers hat bei der Kommunalwahl Angst vor einer hohen Wahlbeteiligung und damit im Kern Angst vor der Demokratie und den Wählerinnen und Wählern.

Anders ist nicht zu erklären, dass sie jetzt den Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen Wahltermin aufbür-

det, anstatt die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl zusammen zu legen.

So lag die Wahlbeteiligung der gemeinsamen Bundestags- und Kommunalwahl 1994 bei 81,7 Prozent, während die Wahlbeteiligung der eigenständigen Kommunalwahlen 1999 und 2004 auf 55 beziehungsweise 54,4 Prozent abstürzte."

Was ist das nur für eine Bande von Landespolitikern, die ohne mit der Wimper zu zucken die Verfassung brechen und dann wenn sie erwischt werden, weiterhin ihre unlauteren Absichten verfolgen.

Dieser neue Kommunalwahltermin in NRW ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die noch geglaubt haben, in Düsseldorf regiere nur Unfähigkeit. Nein es ist auch neben der Unfähigkeit, eine bewusste Missachtung von demokratischen Grundsätzen und verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Dass außerdem noch ein Griff in die Kassen der Kommunen gemacht wird, ist ja nicht neues, siehe oben.

Interessant ist auch, dass sich die Argumentation der Landesregierung und ihrer Parlamentarier nach dem Urteil des Verfassungsgerichts umgedreht hat. Will man die Bürgerinnen und Bürger eigentlich verscheißen?

So hat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Biesenbach vorher folgendes gesagt, ich zitiere:

“Wir wollen keinen zusätzlichen Wahltermin, weil das zusätzlich 42 Millionen Euro kosten würde. Außerdem wird es immer schwieriger, für mehrere Wahltermine im Jahr genügend Wahlhelfer zu finden!“

Landtagspräsidentin van Dinter, ebenfalls CDU begründete vor dem Verfassungsgericht die Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Europawahl mit Wahlmüdigkeit der Bürger bei drei eigenständigen Terminen. Auch die Kosten spielten da eine Rolle: (hier jetzt sogar) 47 Millionen

Euro für einen eigenen Kommunalwahltermin seien zu viel, argumentierte sie.

Heute ist das alles nicht mehr wahr:

die Kommunalwahl kostet jetzt nicht nennenswert mehr Geld, die Bürger drängen sich nach Regierungslesart danach 3 mal innerhalb von wenigen Monaten als Wahlhelfer zu fungieren und den Parteien und den Bürgern wird zugemutet 4 Monate an einem Stück Wahlkampf zu betreiben.

Sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern, wem sie das alles zu verdanken haben.

Nicht diejenigen, die die Verfassung durchgesetzt haben, sondern diejenigen, die sich weder um Verfassung noch Bevölkerung scheren, sind für dieses Tohuwabohu verantwortlich.

Anrede,

Für den Haushalt Remscheids macht dies übrigens nochmals Mehrausgaben von rund 50.000,-€ aus.

Zusammengerechnet innerhalb weniger Wochen also etwa 300.000,- € zusätzliche Haushaltsbelastung.

Wie gerne hätte ich dieses Geld für die Verbesserung der OGGS-Betreuung zusätzlich aufgewandt.

Wir werden einen Antrag in den Rat einbringen, die vermeidbaren Mehrkosten dem Land in Rechnung zu stellen und ggffls einzuklagen.

Anrede,

ich komme wieder zum Thema. Ich fasse zusammen, unser Programm i. S. Bildung und Schule für die nächsten Jahre und sicher auch darüber hinaus ist von folgenden Grundsätzen abgeleitet:

- Der Mensch steht im Mittelpunkt und jedes Kind zählt gleich
- Bildung muss ganzheitlich angelegt sein
- Umfassende Chancengleichheit

- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule
- Jedem Kind die bestmögliche Sprachförderung
- Integrative Beschulung aller Kinder
- Förderung von Behinderten ist Aufgabe aller Bildungseinrichtungen
- Bildung verhindert und bekämpft Arbeitslosigkeit
- Aufstieg durch Bildung
- Mehr Befähigung und Motivation für Studium
- Abschaffung der Studiengebühren
- Lebenslanges Lernen und Weiterbildung mit System
- Örtliche Vernetzung von bildungspolitischen Aktivitäten
- Ausschöpfung aller Bildungsreserven
- Zurückdrängung des gegliederten Bildungssystems
- Abschaffung der frühen Auslese und längere gemeinsame Lernzeit
- Verhinderung der Verödung der Schullandschaft durch rechtzeitige Maßnahmen
- Kurzfristige Abschaffung bzw. Umwandlung der Hauptschule wegen der immer mehr schwindenden Akzeptanz und stark zurückgehender Anmeldezahlen
- Flexible und individuelle Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen
- Sicherung eines möglichst wohnortnahen Schulangebotes
- Wir wollen keine schulpolitischen Barrikadenkämpfe in Remscheid
- Wir kämpfen für einen möglichst breiten bildungspolitischen Konsens in unserer Stadt
- Die Kinder und Jugendlichen sollen in Remscheid im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen
- Zur lang- und mittelfristigen Erreichung unserer Ziele halten wir Kompromisse für notwendig

Das bedeutet:

- Die Förderung der Kinder in den Kindergärten wird verstärkt werden,
- Die Kindertageseinrichtungen müssen für die zusätzlichen Aufgaben ertüchtigt werden,
- Die Anzahl und die Größe der Grundschulen sind im Interesse der Ganztagsbetreuung auch bei zurückgehenden Schülerzahlen ausreichend
- Die Ganztagsbetreuung muss weiter ausgebaut werden
- Bei Bedarf werden wir über verbindliche Ganztagschulen nachdenken.
- Im Bereich der SEK I werden wir in den nächsten Jahren zu mehr integrativen Angeboten kommen müssen.
- Wir wollen neben den bisherigen Ganztagesangeboten im Hauptschul- und Realschulbereich zumindest ein verbindliches Ganztagsgymnasium.
- Die Abiturientenquote ist durch geeignete Maßnahmen zu steigern, wie Ausbau der Abiturklassen an den Berufskollegs und Angebot eines Oberstufenbereichs am Weiterbildungskolleg
- Zuweisung eines geeigneten Gebäudes für das Weiterbildungskolleg
- Ausbau der Ganztageseinrichtungen an allen Schulen u.a Mensen, Sporthallen und Freizeitbereichen
- Noch intensivere Zusammenarbeit der allgemeinen und berufsbildenden Schulen mit der Wirtschaft.
- Schaffung von zusätzlichen Bildungseinrichtungen, wie Fachschulen und Fachhochschulen in Remscheid.

Anrede,

ich könnte noch sehr viele Einzelpunkte aufführen, die unserer Meinung nach angepackt werden müssen, die aber stark mit anderen Gegebenheiten verzahnt sind.

Es wäre töricht in das Wahlprogramm Einzelmaßnahmen aufzunehmen, weil hierzu Bedingungen vorliegen müssen, die zur Zeit noch nicht abzusehen sind.

Die im Programmentwurf niedergelegten Grundsätze sind Maßstäbe des Handelns unserer jetzigen und zukünftigen Fraktion.

Für den Wahlkampf sollten wir eine Kurzfassung unseres Programms erarbeiten.

Anrede,

ich habe sehr lange geredet, glaube aber in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas war es noch akzeptabel.

Vielen Dank.
